

Universität zu Köln

Humanwissenschaftliche Fakultät

Institut II Vergleichende Bildungsforschung und Sozialwissenschaften

Sozialwissenschaften mit dem Schwerpunkt ökonomische Bildung

Prof. Dr. Birgit Weber



Stellungnahme

**zu den Anhörungsfassungen:
Wirtschaft / Berufsorientierung**

**unter Berücksichtigung des
Faches Gemeinschaftskunde**

**zum Bildungsplan 2016
in Baden-Württemberg**

Köln, den 16.09.2015

Inhalt

A	Wirtschaft/Berufsorientierung als neues Fach für alle Schulformen.....	3
1	Wirtschaft / Berufsorientierung – angemessen verankert	3
2	Wirtschaft als eigenständiges Fach – auch eine geeignete Konstruktion?	3
B	Wirtschaft / Berufsorientierung - eine kritisch-konstruktive Analyse	5
1	Orientierung an fachdidaktischen Konzeptionen	5
2	Prozessbezogene Kompetenzen	5
3	Inhaltsbezogene Kompetenzen	6
	Verbraucher.....	8
	Erwerbstätige	9
	Wirtschaftsbürger.....	11
	Wirtschaft in der gymnasialen Oberstufe – Verständnis von Märkten	11
	Wirtschaften als Denken in Alternativen oder alternativloses Wirtschaften	13
C	Die Trennung von Wirtschaft und Gemeinschaftskunde – oder die Ablösung von Wirtschaft aus ihren gesellschaftlichen Bezügen?.....	14
1	Gemeinschaftskunde – eigentlich ein Fach Politik?.....	14
2	Gemeinsamkeiten von Gemeinschaftskunde und Wirtschaft.....	15
3	Verzerrungen und unnötige Trennungen	16
	Leitperspektiven	16
	Inhaltsfelder.....	18
4	Zeitkontingent für Wirtschaft und Gemeinschaftskunde	20
D	Empfehlungen	22
	Integration von Politik und Wirtschaft und ihr Stundenkontingent	22
	Orientierung der Teilkompetenzen an einer fachdidaktischen Struktur	22
	Überprüfung der Teilkompetenzen.....	22
	Verbraucher.....	23
	Erwerbstätige	23
	Wirtschaftsbürger.....	24
	Wirtschaft in der gymnasialen Oberstufe – Verständnis von Märkten	24

A Wirtschaft/Berufsorientierung als neues Fach für alle Schulformen

Baden-Württemberg legt mit Stand 22.5.2015 neue Anhörungsfassungen für den Bildungsplan 2016 vor. Die Entwicklung von Bildungsplänen und Kerncurricula spiegelt wider, was einer Gesellschaft so bedeutsam ist, dass sie der nachfolgenden Generation eine Auseinandersetzung mit solchen Zielen und Inhalten nicht nur ermöglicht, sondern sie der kommenden Generation zur Auseinandersetzung und den Lehrenden durch kompetenzorientierte Lehrpläne zur Förderung solcher Kompetenzen auferlegt.

Eine solche Entwicklung verlangt in einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaft neben fachdidaktischen und fachwissenschaftlichen Anforderungen zwangsläufig auch die Berücksichtigung divergierender Zielvorstellungen und kontroverser Positionen, während sie aber vor allem den Bildungsbedürfnissen und -ansprüchen der sich entwickelnden Subjekte verpflichtet ist. Dies erfordert auch Beiträge zur Persönlichkeitsentwicklung, zur praktischen Bewältigung eigener Lebenssituationen sowie die Ermöglichung gesellschaftlicher Teilhabe ebenso wie eine Auseinandersetzung mit gesellschaftlich-kulturellen Traditionen und wissenschaftlichen Erkenntnissen (vgl. Klieme 2003/2007). Um diesem Spannungsfeld von Zielsetzungen angemessen Rechnung zu tragen und den Lernenden nachhaltige Lern- und Entwicklungsoptionen zu ermöglichen, ist eine sinnvolle und gut begründete Auswahl auch schon deshalb erforderlich, da diverse Bildungsaufträge in unterschiedlichen Fächern um das in Stundentafeln festgelegte Zeitkontingent konkurrieren.

1 Wirtschaft / Berufsorientierung – angemessen verankert ...

Von besonderem Interesse bei der Neukonstitution des baden-württembergischen Bildungsplans ist die Ausdifferenzierung des Faches Wirtschaft/Berufsorientierung als eigenständiges Unterrichtsfach im Rahmen der gesellschaftswissenschaftlichen Fächerverbünde. Noch 1999 hatte die Verfasserin dieser Stellungnahme eine eher stiefmütterliche Behandlung der ökonomischen Bildung an Baden-Württembergs Gymnasien diagnostiziert (vgl. Schlösser/Weber 1999). Seitdem hat das Bundesland in Sachen ökonomische Bildung nachgelegt. Schon mit der letzten Bildungsplanreform 2004 wurde Wirtschaft im gesellschaftswissenschaftlichen Fächerverbund der Sekundarstufen deutlicher ausgewiesen und ein entsprechendes Fach in der gymnasialen Oberstufe etabliert. Wirtschaft wird mit dieser Reform des Bildungsplans einerseits aus dem arbeitsorientierten Fach Wirtschaft-Arbeit-Gesundheit und andererseits aus dem sozialwissenschaftlichen Fach Gemeinschaftskunde ausgeklammert und hält als grundständiges Fach an allen Schulformen Einzug.

Die eher technischen Anteile gehen in ein neues Fach Naturwissenschaft und Technik in den Jahrgangsstufen 5 und 6 ein, die hauswirtschaftlichen Anteile des arbeitsorientierten Faches gehen in ein neues **Wahlpflichtfach** „Alltagskultur, Ernährung, Soziales“ ein, das an der Werkrealschule in Konkurrenz zu Technik mit 12 Stunden angeboten wird, an der Realschule und Gemeinschaftsschule neben Technik zudem in Konkurrenz zur zweiten Fremdsprache steht.

Damit erhält die ökonomische Bildung eine offensichtliche und auch von unterschiedlichen Interessengruppen nicht mehr bezweifelbare Verankerung im allgemeinen Schulwesen. Die Stundenkontingenztafeln sehen für die ökonomische Bildung immerhin fünf Jahreswochenstunden in den nicht gymnasialen Schulformen, allerdings lediglich drei am Gymnasium vor. Indem prinzipiell gleiche Fächerstrukturen in allen Bildungsgängen etabliert werden, wird formal auch eine größere Durchlässigkeit gewährleistet, die allerdings vom Ausmaß der Differenzierung abhängig ist.

2 Wirtschaft als eigenständiges Fach – auch eine geeignete Konstruktion?

Die Entwicklung eines eigenständigen Fachs Wirtschaft wird aber auch mit Sorge betrachtet¹. Diese Befürchtung bezieht sich darauf, dass

- die Fokussierung einer eigenständigen ökonomisch-wissenschaftlichen Perspektive die Herausforderungen ökonomisch geprägter Lebenswelten vernachlässigt,
- eine Orientierung an den Theorien des wirtschaftswissenschaftlichen Mainstreams eigenständiger Urteilsbildung nur begrenzten Spielraum lässt,
- die ökonomische Perspektive der Knappheitsbewältigung das Effizienzkriterium einseitig gegenüber anderen Kriterien in den Vordergrund stellt,
- Bezüge zu gesellschaftlichen und politischen Fragen der Mitgestaltung unnötig abgebrochen, eine angemessene Abwägung von Zielkonflikten kaum gewährleistet und letztlich vermeidbare Zerrbilder zwischen Politik und Wirtschaft entstehen.

Baden-Württemberg versucht diesen Sorgen auf unterschiedliche Weise zu begegnen:

- So soll ein lebensweltlicher Bezug gewährleistet und Alltagskompetenzen berücksichtigt werden.
- Mit der Bekräftigung des Beutelsbacher Konsens und der damit einhergehenden Verpflichtung auf Kontroversität soll Einseitigkeiten vorgebeugt werden.
- Die Konzeption eines Bildungsplans mit gemeinsamen Leitperspektiven und gegenseitige Verweisen soll auch gegenseitige Verschränkungen angemessen gewährleisten.

Für jedes Fach wird zunächst der Bildungswert beschrieben, der Bezug zu den Leitperspektiven (Bildung für nachhaltige Entwicklung, für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt, Prävention und Gesundheitsförderung, Berufliche Orientierung, Medienbildung und Verbraucherbildung) offengelegt, didaktische Grundsätze formuliert, prozessbezogene Kompetenzen ausgewiesen und inhaltsbezogene Kompetenzen konkretisiert. Gerade im Blick auf die inhaltsbezogenen Kompetenzen werden die verschiedenen Ebenen der Lehrplankonstruktion überaus gründlich miteinander verschränkt, in dem die inhaltsbezogenen Ziele zunächst zu den Basiskonzepten bzw. Dimensionen, zu den Leitperspektiven, zu den prozessbezogenen Kompetenzen sowie zu vorhergehenden Einheiten und auch in Bezug zu anderen Fächern gesetzt werden.

Inwiefern die oben genannten Sorgen dennoch berechtigt sind, angesichts einer deutlichen Fokussierung und auch Abgrenzung einer wirtschaftlichen Perspektive ist nicht zuletzt abhängig von der fachdidaktischen Konzeption, die sich im Spannungsfeld von Lebenssituation, Wissenschaft und Subjekt bewegt sowie der Interpretation der Bildungspläne durch die Lehrkräfte. Ausgebildet in klassischen Studiengängen der Volks- und Betriebswirtschaftslehre haben vor allem Gymnasiallehrkräfte häufig nur eingeschränkte Möglichkeit, sich mit den Herausforderungen einer allgemeinen ökonomischen Bildung auseinanderzusetzen².

¹ Vgl. die kritische Stellungnahme zum ZDH-Gutachten, das ein eigenständiges Fach fordert von Hedtke u.a. 2010, Famulla u.a. 2011.

² Eine auf Unternehmensmanagement ausgerichtete Betriebswirtschaftslehre befasst sich eben nur am Rand oder als Einflussobjekt mit den Privaten Haushalten und der Verbraucherforschung. Auch die Erwerbstätigen selbst, ob in der Berufswahl oder als Arbeitnehmer, werden als Personal eher im Wahlpflichtbereich behandelt. Die Volkswirtschaftslehre verengt in der Mikroökonomie die Haushaltstheorie zugunsten des Verständnisses von Märkten. Selbst Fragen der Wirtschaftsordnung werden in der heutigen hochformalisierten Volkswirtschaftslehre Seminaren zur Geschichte des ökonomischen Denkens überlassen, die nicht zum Pflichtkanon gehören. Selbst Fragen der Wirtschaftspolitik werden hochgradig formalisiert bearbeitet. Vgl. auch Klump, Rainer 2011.

B Wirtschaft / Berufsorientierung - eine kritisch-konstruktive Analyse

1 Orientierung an fachdidaktischen Konzeptionen

Dem Lehrplan Wirtschaft/Berufsorientierung zugrunde liegt vor allem die fachdidaktische Konzeption des von Retzmann/ Seeber/Remmele/Jongebloed (2010; 2012) verfassten Gutachtens für den Zentralverbands des Deutschen Handwerks. Diese Konzeption von Retzmann/Seeber u.a. folgt in ihrer Orientierung an Lebenssituationen zum einen dem Ansatz Qualifizierung für Lebenssituationen von Ochs/Steinmann (1978) und bezieht sich auf die ökonomisch geprägten individuellen Entscheidungssituationen. Indem diese in ökonomische Beziehungen und Systeme eingebunden werden, berücksichtigen sie auch die kategorialen Ansätze von May (1998), Dauenhauer (1997) und Kruber (1997). Darüber hinaus erfolgt eine Orientierung am Denkansatz der ökonomischen Verhaltenstheorie, wie ihn Gerd Jan Krol (2001) favorisiert, um die Relevanz der ökonomischen Perspektive als etwas Besonderes im allgemeinen Bildungswesen herauszuheben und die Forderung nach mehr ökonomischer Bildung stärker zu legitimieren. Gleichwohl stellt sich die Frage, ob eine solche Leitperspektive ökonomischen Denkens als Basis für die Konstruktion von Curricula sinnvoll sein kann, wenn sie das Weltbild von Jugendlichen von vorneherein auf einen ökonomischen Denkansatz zuspitzt.

Das Retzmann/Seeber Gutachten wurde nicht zuletzt deshalb stark kritisiert, weil es den Realbereich Wirtschaft gerade auf solche Denkansätze der Ökonomik verengte, wobei die Orientierung an ökonomischen Entscheidungssituationen von vorneherein nur zum Ausgangspunkt für ein verengtes ökonomisches Modelldenken wurde, kontroverse Ansätze außen vor gelassen wurden und domänenorientierte Effizienz als vorrangiges Urteilkriterium eines Fachs Wirtschaft dominierte. Demgegenüber betonen die vorliegenden Anhörungsfassungen das Kontroversitätsgebot stark und verzichten eher auf die explizite Ausweisung von Urteilkriterien.

Werden individuelle Entscheidungssituationen direkt in Beziehungen und Systeme eingebettet, werden leicht zwei wichtige didaktische Strukturfragen vernachlässigt. Dies sind zum einen Herausforderungen, Gefährdungen und Behinderungen in den jeweiligen Entscheidungssituationen selbst und zum anderen Wechselbeziehungen mit gesellschaftlichen Herausforderungen der ökologischen, sozialen und internationalen Entwicklung. Steinmann (1997: 8) als einer der beiden Mitbegründer des Ansatzes Qualifizierung für Lebenssituationen bezeichnete zwanzig Jahre später seinen ursprünglichen Ansatz als zu individualistisch und forderte eine stärkere Einbeziehung von Entwicklungen zur sozialen, ökologischen, internationalen und Wohlstands-Gesellschaft. Die Begründung ist naheliegend: Ökonomisch geprägte Lebenssituationen wirken sich auf Entwicklungen aus und werden von diesen beeinflusst.

2 Prozessbezogene Kompetenzen

Es werden sinnvolle Kompetenzen ausgewiesen, die sich auf Analyse-, Urteils-, Handlungskompetenz sowie Methodenkompetenzen ausrichten. Es erscheint vernünftig, die als Begriff eher überholte Sachkompetenz nicht spezifisch auszuweisen, sondern die inhaltsbezogenen Kompetenzen prozessorientiert zu konkretisieren. Betrachtet man zunächst die prozessbezogenen Kompetenzen, fallen allerdings einige Besonderheiten auf, die in Einseitigkeiten münden können.

Die **Analysekompetenz** ist auf die ökonomischen Lebenssituationen ausgerichtet und bezieht auch Interessenkonstellationen zu anderen Akteuren sowie zu Ordnung und System als Rahmenbedingung ein. Die Teilkompetenzen sind aber kaum darauf ausgerichtet, die ökonomische Realität zu analysieren, sondern die Kategorien und Konzepte der Wirtschaftswissenschaft auf die Betrachtung der Welt anzulegen, und so das Denken in den Kategorien der ökonomischen Verhaltenstheorie zu trainieren. Sie messen auch – dem ökonomischen Denkansatz gemäß - dem Modelldenken

besonderes Gewicht bei, beschränken sich aber darauf, deren Verhältnis zur Wirklichkeit zu reflektieren, anstatt diese Wirklichkeit selbst vergleichend zu analysieren und die Modelle auch mit empirischen Daten zu konfrontieren. So wird indirekt eine mikroökonomische individualistische und modellorientierte Betrachtungsperspektive nahegelegt, während sozioökonomische, auch empirische Entwicklungen berücksichtigende, Herausforderungen eher ausgeblendet werden. Dies zeigt sich in den analytischen inhaltsbezogenen Kompetenzen dahingehend, dass das Denken in Wirkungsketten und mit den Konzepten der Ökonomik trainiert wird. Dies zeigt sich beispielsweise in folgenden Vergleichen zur Macht des Verbrauchers bei Wettbewerb und Monopol, zu Gewinn und Umsatz, zu unterschiedliche Interessen von Arbeit-, Kapital-, Versicherungsgebern und –nehmern, zu Wirkungsketten von angebots- und nachfragepolitischen Instrumenten bzw. zur Wirkung staatlicher Regelungen auf unternehmerische Entscheidungen. Diese Betrachtung ist unter einer ökonomischen Perspektive durchaus sinnvoll, greift aber gleichzeitig in ihrer Beschränkung auf ökonomische Konzepte zu kurz.

Die **Urteilskompetenz** ist stark individualisiert und auf die Bewertung ökonomischer Handlungsalternativen technokratisch verengt. Probleme überhaupt erst als gestaltungsbedürftig zu erkennen, sie auf Chancen und Gefährdungen einer selbstbestimmten und verantwortungsbewussten Lebensführung zu hinterfragen, unterschiedliche individuelle, kooperative oder auch politische Strategien zu beurteilen, wäre eine notwendige Ergänzung einer fundierten und auch wertoffenen Urteilskompetenz, die allerdings lediglich als Methodenkompetenz formuliert wird. In den inhaltsbezogenen Kompetenzen findet sich der Operator erklären zudem häufiger, während der Operator erörtern oder beurteilen zu den selteneren Operatoren gehört, sich dann aber vor allem auf *Folgen* etwa von konjunkturellen Phasen, des Wandels der Arbeit oder Lösungsversuche zum Marktversagen bezieht.

Interessanterweise stellen sich die Teilkompetenzen der **Handlungskompetenz** eher als gestaltungsorientierte Urteilskompetenzen dar, da hier die oben vermissten Problemidentifikationen und Bewältigungsstrategien eingefordert werden, wenn etwa die Beurteilung der Instrumente der Verbraucherpolitik, der Wirkung staatlicher Schutzvorschriften, der Möglichkeiten des Staates zur Konfliktvermeidung zu beurteilen ist. Ob beabsichtigt oder nicht, wird die Urteilsfähigkeit damit aber vor allem auf staatliche Maßnahmen gelenkt, während die Ergebnisse von Märkten eher außen vor bleiben. Eine eigenständige Handlungskompetenz, die auch die Entwicklung, Umsetzung und Reflexion eigener Standpunkte bzw. die Umsetzung von Entscheidungen und Handlungen vorsieht, wird gar nicht erst erwähnt. Sie kommt allenfalls begrenzt in der Erstellung von Haushaltsplänen bzw. Bewerbungsdokumenten zum Ausdruck bzw. in der Problemlösekompetenz der **Methodenkompetenz** zum Tragen, die aber in den inhaltsbezogenen Kompetenzen nur begrenzt berücksichtigt wird. Persönlichkeitsentwicklung und Subjektorientierung werden vernachlässigt.

3 Inhaltsbezogene Kompetenzen

Die wirtschaftsdidaktische Orientierung an den Entscheidungssituationen von Konsumenten, Erwerbstätigen und Wirtschaftsbürgern wird in der Wirtschaftsdidaktik heute weitgehend geteilt. In jüngster Zeit haben Forderungen nach Unternehmergeist in die Schule, bedingt durch die Sorge um den unternehmerischen Nachwuchs, und die Diskussion um den finanziellen Analphabetismus, der vor allem von Finanzdienstleistern beschworen wird, weitere Ausdifferenzierungen bedingt, die im Blick auf die Erweiterung beruflicher Optionen, aber auch des Umgangs mit finanziellen Herausforderungen zunehmender vertraglicher Bindungen durchaus berechtigt sind.

- Leider erhalten die solche Lebenssituationen beeinflussenden und von diesen beeinflussten sozialen, ökologischen und internationalen Entwicklungen, die auch immer wieder Abwägungskonflikte herausfordern, keine entsprechende systematische Einbettung, wie dies im Interesse der Leitperspektiven nicht nur reizvoll, sondern auch sinnvoll und angemessen gewesen wäre.
- Darüber hinaus besteht das noch nicht grundständig gelöste Problem, das mit der inhaltsbezogenen Konkretisierung von Kompetenzen als operationalisierbare Output-Orientierung ein Rückfall in die Lernzielorientierung der 70er Jahre heraufbeschworen wird, der leicht Spielräume für eine Orientierung am Subjekt und aktuellen Herausforderungen zum Opfer fallen.

Für die Begründer des Lebenssituationsansatzes, der auch den hier vorliegenden Bildungsplänen zugrunde liegt, galten als entscheidendes Auswahlkriterium neben der Bedeutung solcher Situationen für die Bedürfnisbefriedigung gegenwärtige Behinderungen und künftige Gefährdungen, die die Ermittlung von Handlungs- und Gestaltungsspielräumen erforderten, und zwar sowohl im Blick auf das Individuum selbst als auch für die Gesellschaft. Relevant für die Orientierung an Lebenssituationen ist zum einen, dass diese somit als Strukturentscheidung eine wichtige Auswahlhilfe für die Vielfalt des relevanten Wissenschaftswissens darstellen. Schließlich lässt sich die Bewältigung von Lebenssituationen oder auch das Verständnis ökonomischer Entwicklungen in der Regel nicht allein durch wirtschaftswissenschaftliche Konzepte entwickeln. Entscheidend ist dabei auch, dass in der Regel keine Referenzdisziplin allein angemessenes Orientierungs-, Deutungs- und Zusammenhangwissen für eine komplexe, wenn gleich auch ökonomisch geprägte - Lebenssituation liefert. Dies ist umso entscheidender, wenn einem Fach der dominante Beitrag zur Aufklärung und Ausgestaltung der Verbraucherbildung oder auch Berufsorientierung zukommt. Gerade dann verbietet es sich im Interesse der Lernenden, solche Lebenssituationen allein als Ausgangspunkt zur Vermittlung einer wissenschaftlichen Position zu machen, die Lernenden allein durch diese Brille analysieren und urteilen zu lassen. Es stellt sich die Frage, inwiefern dies in den vorliegenden Plänen der Fall ist. Dazu werden die einzelnen Felder zunächst auf ihren inhaltlichen Kern geprüft.

Verbraucher

Der inhaltliche Kern der Verbraucherbildung (Konsument, Geldanleger, Kredit- und Versicherungsnehmer) berücksichtigt zwar auch rechtliche und politische Aspekte, bezieht sich aber weitgehend auf ökonomische Erklärungsansätze. Da diesem Fach eine dominante Rolle in der Verbraucherbildung zugeordnet wird und es diese auch für sich selbst in Anspruch nimmt, ist es schon erstaunlich, dass individuelle und gesellschaftliche Gefährdungen und Behinderungen von Verbraucherentscheidungen nur begrenzt zum Ausdruck kommen.

	<i>Herausforderungen Chancen / Probleme</i>	<i>Konzepte / Denkschemata/ Erklärung / Theorie</i>	<i>Rahmen / Empirie</i>	<i>Entscheidung/ Handlung individuell/kooperativ</i>	<i>Gestaltung politisch</i>
Konsument	Marktversagen	Ökonomisches Prinzip Wirtschaftskreislauf Bestimmungsfaktoren der Nachfrage (Preise, Bedürfnisse, Budgetgrenzen, Peergroup, Werbung) und Bestimmungsfaktoren des Angebots (Kosten Produktionsfaktoren) Preisbildung im Preis-Mengendiagramm im Polypol bei vollkommenem Wettbewerb und Monopol Konsumentensouveränität		Haushaltsplan (Einnahmen-Ausgaben-Rechnung) Nachhaltiger Konsum und Verzicht Kaufvertrag (Geschäftsfähigkeit, Willenserklärung)	Instrumente der Verbraucherpolitik Öffentliche Güter
Geldanleger		Börse, Zins Magisches Dreieck	Interessenkonflikte	Girokonto, Onlinebanking, Vermögensanlage	Anlegerschutz
Kreditnehmer	Überschuldung Privatinsolvenz		Interessenkonflikte	Privatkredit (Dispo/ Ratenkredit)	
Versicherungsnehmer	Lebensrisiken	Kreditfähigkeit / Bonitätskriterien		Freiwillige Versicherung	Pflichtversicherung

So vermisst man vor allem inhaltsbezogene Teilkompetenzen mit Bezug zu folgenden Aspekten:

- die Hinterfragung der eigenen Wünsche und Bedürfnisse im Blick auf die Aufteilung des Einkommens auf unterschiedliche Bedarfsbereiche im Rahmen des Haushaltsmanagements,
- die Herausforderungen der Selbstbestimmung durch unterschiedliche Formen des Marketingmix, das hier lediglich als Bestimmungsfaktor der Nachfrage eine Rolle spielt,
- kriteriengeleitete Analysen von Konsumgütern/Dienstleistungsverträgen unter Berücksichtigung von Informationsasymmetrien und auch qualitätsorientierten Auswahlentscheidungen,
- Herausforderungen beim Kauf von Verbrauchs-, Gebrauchsgütern und Versorgungsleistungen unter Berücksichtigung von Spontan-, Gewohnheits- und geplanten Kaufentscheidungen,
- die Berücksichtigung unabhängiger Verbraucherorganisationen zur Bündelung von Verbraucherinteressen einerseits und zur Gewährleistung von Information und Beratung andererseits,
- eine kritische Reflexion des Leitbilds der Konsumentensouveränität auch in Gegenüberstellung zu verbraucherpolitischen Maßnahmen.

Neben solchen Ausblendungen sind manche Teilkompetenzen wenig nachvollziehbar bzw. unangemessen oder auch einseitig:

- So werden Machtverhältnisse relativ unangemessen auf den Wirtschaftskreislauf bezogen und nicht konsequent in den Zusammenhang mit dem Wettbewerb gestellt.
- Es erfolgt eine Reduktion von Kaufentscheidungen auf das ökonomische Prinzip. Möglichkeiten nachhaltigen Konsums oder auch Verzicht sollen lediglich eingeordnet, nicht aber reflektiert

oder als Entscheidungskriterien berücksichtigt werden. Dies wird der Komplexität des Bedarfsmanagements nicht gerecht.

- Unterschieden werden freiwillige Versicherung und Pflichtversicherung. Dies legt von vorneherein eine Bewertung der einen als frei, der anderen als Zwang nahe. Dass lediglich das Problem der Finanzierung anstatt der Herausforderungen von Versicherungen erkannt werden soll, erscheint ebenfalls einseitig.
- Während Kriterien für Konsumgüterentscheidungen gar keine Rolle spielen, wird eine solche vergleichende Auswahl bei Vertragsangeboten zu Individualversicherungen durchaus verordnet, womit allein hier eine Produktkunde nahegelegt wird.
- Wenig angemessen erscheint auch, dass zwar die Preisbildung in den idealtypischen Marktformen Polypolen und Monopolen erarbeitet werden soll, die häufigste Marktform, das Oligopol, und andere Formen der Wettbewerbsbeschränkungen außen vor bleiben.

Die Anforderungen werden der Komplexität von Konsumententscheidungen nur begrenzt gerecht. Das Feld Verbraucher wird hier vor allem genutzt, um die ökonomischen Modellvorstellungen der Haushalts- und Preistheorie zu erarbeiten, Kaufentscheidungen werden ungeachtet ihrer Komplexität auf das ökonomische Prinzip reduziert, so dass die Einordnung von Möglichkeiten nachhaltigen Konsums und Verzichts sowie die Thematisierung von Machtbeziehungen eher als Feigenblatt – und dabei noch unangemessen eingebettet erscheinen. Das Feld Verbraucher wird damit der intendierten Zielsetzung, Alltagssituationen ins Zentrum zu stellen, nur sehr begrenzt gerecht. Es dient nicht vorrangig der mündigen und verantwortlichen Entscheidung als Verbraucher, sondern der Einübung in ökonomisches Modellwissen.

Erwerbstätige

Der inhaltliche Kern der auf den Erwerbstätigen bezogenen erweiterten Berufsorientierung für (Berufswähler/Arbeitnehmer/Unternehmer/Entrepreneure) ist generell weniger modellorientiert wirtschaftswissenschaftlich determiniert als die Verbraucherbildung. Das Feld erscheint als erweiterte Berufsorientierung prinzipiell vielseitiger, es nimmt die Herausforderungen der Berufswahl stärker in den Blick und thematisiert auch Gefährdungen wie Prekarisierung und Arbeitslosigkeit. Eingefordert wird die Auseinandersetzung mit weiteren Interessenkonflikten, auch kollektive Möglichkeiten der Beeinflussung des Arbeitsmarktgeschehens werden berücksichtigt. Im Blick auf den *Berufswähler* wird vor allem der Umgang mit Informationen und dem Bewerbungsprozess auch vergleichend mit Anforderungen einer sich wandelnden, aber auch unsicheren Arbeitswelt thematisiert. Im Blick auf den *Arbeitnehmer* sind sowohl die Bedeutung der Arbeit, aber auch ihre problematischen Entwicklungen von Bedeutung. Vor allem werden auch die Interessenkonflikte zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber thematisiert, die durch Interessenverbände vertreten, aber auch durch Politik beeinflusst werden können. Dem *Unternehmer* wird von vorneherein eine weit bedeutendere Rolle beigemessen, auch wenn dies vor allem für erste Berufswahlentscheidungen nicht die dominante Berufswahloption ist. Dennoch ist diese Perspektive sinnvoll, zumal sie auch einen Einblick in Unternehmensorganisation bieten müsste – als systematische Rahmenbedingungen der Arbeitswelt einerseits sowie andererseits auch zur Ergänzung und Befruchtung der Verbraucherperspektive durch die Marketingstrategien.

	<i>Herausforderungen Chancen / Probleme</i>	<i>Konzepte / Denk- schemata/ Erklärung / Theorie</i>	<i>Rahmen / Empirie</i>	<i>Entscheidung/ Handlung individuell/kooperativ</i>	<i>Gestaltung politisch</i>
Berufswähler	Wandel der Arbeit (technologisch, gesell- schaftlich)	Einflussfaktoren des Berufswahlprozesses (Wünschen, Interes- sen, Fähigkeiten), Anforderungen Berufs- und Arbeitswelt	Erwerbsbiografien	Berufsinformationen Berufserkundungs- prozess	
Arbeitnehmer	Folgen von prekären Arbeitsverhältnissen / Arbeitslosigkeit	Bestimmungsfaktoren von Angebot und Nachfrage	Duales Ausbildungs- system	Ausbildungsvertrag	Arbeitsrecht
			Interessenkonflikte		Betriebliche Mitbestimmung
		Brutto / Nettolohn			Möglichkeiten der Lohnbildung Tarifpartner / Tarifver- trag / Arbeitskampf
Unternehmer / Entrepreneure	Ursachen für unter- nehmerischen Erfolg/ Scheitern Chancen und Risiken auf globalen Märkten	Gewinn, Umsatz, Kostenarten Unternehmensziele volkswirtschaftliche Bedeutung von Unter- nehmen	Interessenkonflikte Unternehmer- persönlichkeiten Gründungsmotive Image von Unterneh- men	Unternehmerische Verantwortung	Staatliche Regeln und Interessenkonflikte

Es ist allerdings schon erstaunlich, dass ein Fach, das auch die Berufsorientierung zentral zur Aufgabe hat, kaum einen Beitrag zur Erweiterung des Berufswahlperspektiven und ihrer Restriktionen leisten will, noch eine Aufklärung über die Organisation von Unternehmen fordert, und sich stattdessen auf die Unternehmerperspektive beschränkt.

- Die Erweiterung des Berufswahlspektrums durch Öffnung für unterschiedliche Berufsfelder ist ein wichtiges Desiderat.
- Gesellschaftliche Restriktionen der Berufswahlentscheidungen werden kaum thematisiert.
- Die Anforderungen der Arbeitswelt erscheinen sakrosankt, nicht aber unsicher, veränderbar oder auch durch Situation auf dem Arbeitsmarkt beeinflussbar.
- Während Gründungsmotive und Unternehmensziele thematisiert werden, steht ein Pendant auf Arbeitnehmerseite aus, etwa zur Entwicklung von Kriterien zu „guter“ Arbeit. Dies ergibt sich nicht allein durch bloße Abgrenzung von prekären Arbeitsbedingungen. Wird dies unterlassen, muss zwangsläufig die Bewertung der Interessenkonflikte stärker zugunsten der unternehmerischen Perspektive ausfallen.
- Im Blick auf Unternehmer liegt der Eindruck einer Imagekampagne nahe. So sollen Unternehmerpersönlichkeiten charakterisiert, die volkswirtschaftliche Bedeutung von Unternehmen erläutert und das Image von Unternehmen analysiert werden.
- Das Verständnis für betriebliche Prozesse wird auf das ökonomische System beschränkt, in dem Kennziffern und Kostenarten zentral sind. Es fehlt an der auf Orientierungswissen und Urteilskraft zielenden Einblick in die arbeitsteilige Unternehmensorganisation, die gerade auch im Blick auf die Vorbereitung für Betriebspraktika notwendig wäre.

Wirtschaftsbürger

Im Feld des Wirtschaftsbürgers als Gestaltender Bürger, aber auch als Steuerzahler und Leistungsempfänger wird einerseits ein Verständnis für die Wirtschaftsordnungen und die idealtypische Ausgestaltung der Sozialen Marktwirtschaft angestrebt sowie Elemente der Wirtschaftspolitik benannt.

	<i>Herausforderungen Chancen / Probleme</i>	<i>Konzepte / Denkschemata/ Erklärung / Theorie</i>	<i>Rahmen / Empirie</i>	<i>Entscheidung/ Handlung individuell/kooperativ</i>	<i>Gestaltung politisch</i>
Wirtschaftsbürger	Spannungsverhältnis wirtschaftlicher Freiheit / sozialer Gleichheit, Prinzipien Sozialer Marktwirtschaft (Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit)	Wirtschaftsordnungen (Planungs-, Lenkungsformen, Eigentumsverfassungen, Ziele)			Wettbewerbspolitik Vermögensumverteilung Bruttoinlandsprodukt (und alternative Wohlstandsindikatoren)
	Folgen konjunktureller Phasen	Konjunkturelle Phasen			Angebots- / nachfragepolitische Instrumente / Wirkungsketten
	Inflation				Leitzins als geldpolitisches Instrumentarium
	Chancen & Grenzen nationaler Wirtschaftspolitik in der EU	Ökonomische EU-Integration Freiheiten Binnenmarkt			
	Globale Produkte zwischen individuellem Nutzen / globaler Verantwortung (S)			Partizipation und Einfluss von Organisation	Protektionismus (GY)
Steuerzahler / Leistungsempfänger		Aufgaben des Staates Steuerarten	Staatshaushalt (GY)	Rolle des Steuerzahlers	Kosten und Nutzen von Staatsausgaben (S)

- Die Auseinandersetzung mit der Wirtschaftspolitik erfolgt ohne erkennbare Systematik mal im Blick auf Ziele (Vermögensumverteilung), Störungen (Inflation), Entwicklungen (konjunkturelle Phasen), Indikatoren (BIP), Gestaltungen (ökonomische Integration), Instrumente (Leitzins, Angebots-, Nachfragepolitik, Konjunktursteuerung, protektionistische Maßnahmen) oder Politikfelder (Wettbewerbspolitik, Sozialpolitik).
- Es ist schwer nachvollziehbar, wie angesichts dieser Vielzahl von Begreif- und Verstehbarem auf unterschiedlichen Ebenen der gestaltende Wirtschaftsbürger „wertebasierte Einflussmöglichkeiten“ auch nur im Ansatz nutzen und tatsächlich Verantwortung übernehmen kann, zumal eine Auseinandersetzung mit den realen Problemen nur begrenzt erfolgt.
- Dieser Bereich stellt eine solche beliebige Zusammenstellung wenig zusammenhängender Zielsetzungen dar, dass eine grundständige Überarbeitung dringend erforderlich wäre.

Wirtschaft in der gymnasialen Oberstufe – Verständnis von Märkten

Die Anhörungsfassung für die gymnasiale Oberstufe versucht zunächst Grundlegungen der Ökonomie als Auseinandersetzung mit der ökonomischen Verhaltenstheorie, der Grenznutzentheorie und Dilemmasituationen, vertieft dann Marktmodell und Preisbildung, darunter auch Marktversagen, um schließlich Ist- und Ziel-Analysen zur aktuellen wirtschaftlichen Situation, der Wirtschaftsordnung und wirtschaftspolitischen Zielsetzungen vorzunehmen. Neben Spielraum zur Fallstudie zu einer komplexen ökonomischen Situation und Lösungsmöglichkeiten sowie einer interdisziplinären Auseinandersetzung mit Ökonomie und Kultur existieren vier große Themenfelder zu den Grundlagen der Betriebswirtschaft, globalen Gütermärkten, dem Arbeitsmarkt und internationalen Finanzmärkten.

	<i>Herausforderungen Chancen / Probleme</i>	<i>Konzepte / Denk- schemata/ Erklärung / Theorie</i>	<i>Rahmen / Empirie</i>	<i>Entscheidung/ Handlung individuell/kooperativ</i>	<i>Gestaltung politisch</i>
Grundlagen der Ökonomie	Wirtschaftspolitische Zielsetzungen	Einflussfaktoren (Präferenzen, Anreize, Restriktionen, Rationalität, Nudge) Opportunitätskosten, Einkommen, Grenznutzen, Dilemma Prozess der Preisbildung, Preis-Mengendiagramm, Preisfunktion, Ursachen für Marktversagen	Wirtschaftliche Lage Deutschlands anhand Konjunkturindikatoren Vergleich Soziale Marktwirtschaft mit einer anderen realen Wirtschaftsordnung	Ökonomisches Entscheidung und Verhalten auch in Dilemmasituationen	Lösungsmöglichkeiten für Marktversagen
Grundlagen der Betriebswirtschaft	Entlohnung aus Arbeitgeber/ Arbeitnehmersicht	Kennziffern Analyseinstrumente strategische Entscheidungen (Wachstum/Wettbewerb; Rechtsform; Standort, Make or Buy)	Bedeutung und Verantwortung von Unternehmen. Einfluss gesellschaftlicher/ technologischer Wandel	Marketing-Mix, Preispolitik, Produktion/ Innovation, Finanzierung/ Investition Unternehmensethik	Stakeholder, betriebliche Mitbestimmung, Unternehmenskultur/Mitarbeiterzufriedenheit
Internationale Gütermärkte	globales Konsumverhalten; Fairer Handel	Wertschöpfungsketten, Außenhandels-theorien, Leistungsbilanz	Transnationale Unternehmen	Internationalisierungsmotive	Regionalisierung, internationale Ordnungspolitik, Umwelt-/Sozialabkommen
Arbeitsmarkt	Stellenwert der Arbeit, Folgen der Arbeitslosigkeit, des freien EU-Personenverkehrs	Ursachen für Arbeitslosigkeit	Interessen von Anbietern/ Nachfragern auf Arbeitsmärkten (Vergleich) Rahmenbedingungen und Ausgestaltung Arbeitsmarkt		Zielsetzung hoher Beschäftigungsstand, angebots- und nachfrageorientierte Maßnahmen
Internationale Finanzmärkte	Fehlallokation und Instabilität	Ursachen; Funktionsmechanismen Finanz-/ Devisenmärkte, Wechselkursysteme; Wechselwirkung zwischen Finanz-, Güter-, Arbeitsmärkten,	Währungsunion	Motive von Anlegern Anlageformen	Geldpolitik, Maßnahmen zur Stabilisierung von Finanzmärkten
Fallstudie	Auswirkungen auf unterschiedliche Akteure		Interdependenzen		Szenarien Alternative Problemlösungen
Ökonomie + Kultur			Historische Prozesse	Filme, Texte, Sachbücher, Handlungsempfehlungen	

Problematisch ist die Verteilung inhaltsbezogener Kompetenzen zwischen Sekundarstufe I und II.

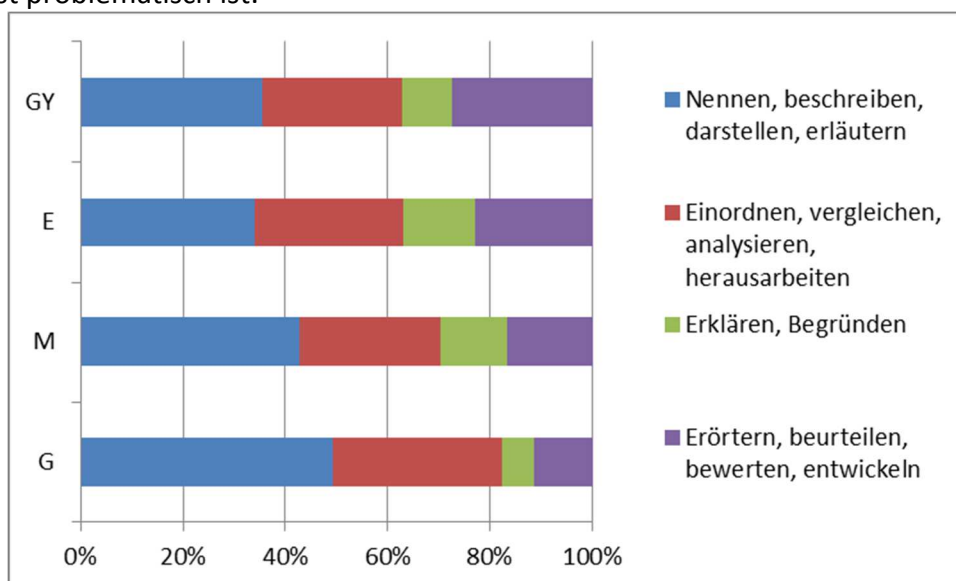
- Vor allem die Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre enthalten diverse wichtige Aspekte, die schon in der Sekundarstufe I erforderlich wären.
 - Dies betrifft das Marketing-Mix, das notwendig zum Verständnis von Einflüssen auf das Verbraucherverhalten ist.
 - Die Unternehmensorganisation ist für ein Verständnis von betrieblichen Prozessen für Betriebserkundungen und -praktika ebenfalls erforderlich.
 - Die Anforderungen zu den Arbeitsmärkten, die letztlich eine Auseinandersetzung mit dem Problem der Arbeitslosigkeit bedingten, wäre eine sinnvollere Fokussierung des wirtschaftspolitischen Problembereichs in der Sekundarstufe I – unter Berücksichtigung von Zielkonflikten - anstatt dort eine Vielzahl beliebiger Aspekte aufzuführen.
- Im Detail widmen sich im Feld Arbeitsmarkt mindestens drei Teilkompetenzen den Folgen der Arbeitslosigkeit, während die Strategien von vorneherein allein auf wachstumsoffensive Strategien ausgerichtet sind. Dem Kontroversitätsgebot wird damit nicht Rechnung getragen.

- Es stellt sich zudem die Frage, warum es zwei große Bereiche zu internationalen Wirtschaftsbeziehungen gibt, die sich zum einen auf die Güter- und zum anderen auf die Geldströme beziehen, statt beide sinnvoll und problemorientiert miteinander zu vernetzen oder auch Stufen der europäischen Integration sinnvoll zu integrieren.
- Der Teilbildungsplan für die Kursstufe hätte auch mit der Bezeichnung „Märkte“ versehen werden können, fokussiert sie doch Wirtschaft dominant aus dieser Perspektive. Andere Wirtschaftstheorien – wie etwa Institutionenökonomik erhalten kaum Raum, andere wie die Verhaltensökonomik oder Unternehmens- und Wirtschaftsethik werden nur begrenzt berücksichtigt.
- Heute thematisierte Alternativen des Wirtschaftens (etwa Gemeinwohlökonomie, solidarisches Wirtschaften, Sharing Economy) oder auch heute (selbst bis zu dem, linken Position nicht verdächtigen, Weltwirtschaftsforum) wieder geführte Debatten zur kritischen Auseinandersetzung mit dem Wirtschaftssystem (Kapitalismus versus Marktwirtschaft) erhalten keinen Spielraum zur Auseinandersetzung.

Ein moderner aktueller wissenschaftspropädeutischer Bildungsplan zu Wirtschaft sieht anders aus.

Wirtschaften als Denken in Alternativen oder alternativloses Wirtschaften

Es ist schon erstaunlich, wenn ein Denken in Alternativen nicht im Ansatz gefordert, Analysen und Urteilsbildung stark verengt und eine vielseitigere und offene Urteilsbildung behindert werden. Gerade auf Zukunftsfähigkeit ausgerichtete Gesellschafts- und Wirtschaftsordnungen sowie auf Innovationsfähigkeit angewiesene Wirtschaftsprozesse erfordern eigentlich mitdenkende, aber auch kritisch-konstruktive Erwerbstätige und Wirtschaftsbürger ebenso wie selbstbestimmte und verantwortliche Konsumenten. Die vorliegenden Teilkompetenzen sind stark auf Erwerb und Abbildung modellhafter ökonomischer Denkschemata ausgerichtet und lassen innovatives Potenzial und das Denken in Alternativen völlig ungenutzt. Dies wird noch verstärkt durch Operatoren, die zu großen Teilen auf nennen, beschreiben, darstellen und erläutern ausgerichtet sind und selbst in Analyse, Vergleich, Erklärung und Erörterung nur selten über die Anwendung ökonomischer Konzepte hinausgehen. Dies wird vor allem auf dem grundlegenden Niveau besonders problematisch, da hier nicht nur die Bereitstellung von Hilfe zwischen den Niveaus differenziert, sondern auch die Operatoren, die vor allem reproduktive Leistungen und kaum Urteilsvermögen fordern, was im Blick auf eine inklusive Bewältigung praktischer Lebensanforderungen und gesellschaftlicher Teilhabe äußerst problematisch ist.



C Die Trennung von Wirtschaft und Gemeinschaftskunde – oder die Ablösung von Wirtschaft aus ihren gesellschaftlichen Bezügen?

1 Gemeinschaftskunde – eigentlich ein Fach Politik?

Das Fach Gemeinschaftskunde ist in der Mittelstufe strukturiert nach den Feldern Gesellschaft, Recht, politisches System und internationale Beziehungen, wobei angesichts des begrenzteren Stundenkontingents für Gymnasiasten scheinbar das Zusammenleben in sozialen Gruppen, das Leben in der Mediengesellschaft und Kinderrechte weniger wichtig sind, während den nichtgymnasialen Schulformen die Kontrolle politischer Herrschaft ebenso vorenthalten bleibt wie eine Analyse der Problemlösefähigkeit des politischen Systems. Entsprechend darf man sich wenig wundern, wenn die staatliche Problemlösefähigkeit in bestimmten sozialen Gruppen zunächst überschätzt wird, dann aber der völligen Resignation weicht.

In der gymnasialen Oberstufe wird im vierstündigen Kurs ein Themenfeld zu unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Feldern eingebettet. Wirtschaft wird zusätzlich in den internationalen Beziehungen thematisiert. Hier ist die Gestaltungsebene prinzipiell offener, dafür aber auch die Konzepte diffuser.

<i>GK</i>	<i>Herausforderungen Chancen / Probleme</i>	<i>Denkschemata/ Theorie</i>	<i>Rahmen / Empirie</i>	<i>Handlung individuell/kooperativ</i>	<i>Gestaltung politisch</i>
Wirtschaft					
Wirtschaftspolitik (GO)	Marktversagen	Ordoliberalismus, Neoliberalismus, Keynesianismus, Marxismus	Ziele der Wirtschaftspolitik		Markt, Hierarchie, Kooperation als Koordinationsmechanismen
Wohlstand und Wirtschaftswachstum (GO)	Bedeutung Wachstum, Konzepte zur Messung	Einflussfaktoren			Maßnahmen zur Wachstumspolitik
Beschäftigungspolitik (GO)	Entwicklung (globalen) Arbeitsmarkt (Reallöhne, Niedriglohnsektor) und Folgen	Strukturelle, konjunkturelle Arbeitslosigkeit,	Tarifautonomie		Maßnahmen der Beschäftigungspolitik Lenkungswirkung
Geldpolitik (GO)		Reale und monetäre Ursachen von Inflation	Unabhängigkeit EZB und Legitimation		Konzepte restriktiver/ expansiver Geldpolitik Geldpolitische Ziele / Geldpolitik EZB
Fiskalpolitik (GO)		Funktionen des Staatshaushalts, Vernetzungsdiagramm			Konzepte kontraktiver / expansiver Fiskalpolitik, Maßnahmen
Intern. Bez.					
Wohlstand und Wohlstandsverteilung (GO)	Globale Verteilung des Wohlstands	Ursachen der Globalisierung			UN-Zielsystem nachhaltiger Entwicklung
Globales Regieren (GO)		Konzept Freihandel und Protektionismus,	Ziele und Grundsätze WTO, Regelungen, Entscheidungsverfahren, Streitbeilegung,	Einfluss NGO auf Gestaltung Welthandel	WTO-Bedeutung und Ausgestaltung

Der zweistündige Kurs ist hingegen allein dem politischen System und den internationalen politischen Beziehungen vorbehalten.

- Entsprechend verwundert, warum das Fach nicht seinen Inhalten angemessen als Politik bezeichnet wird, anstatt mit „Gemeinschaftskunde“ eine vormoderne Bezeichnung beizubehalten.
- Die strenge Fokussierung auf die „eigenständige“ politische Perspektive forciert letztendlich eine starke institutionelle Orientierung, die weit reproduktionsorientierter scheint als es Zielsetzungen und didaktischen Prinzipien erwarten lassen.

Dennoch sind die einzelnen Felder – abgesehen vom Reproduktionsausmaß - grundlegend sinnvoll strukturiert, in dem eine Herausforderung thematisiert, der politische Rahmen erarbeitet und mit Gestaltungsoptionen versehen wird, die abschließend an einem aktuellen Konflikt oder Fallbeispiel mit dem Ziel der eigenständigen Urteilsbildung zu erarbeiten sind. Die Teilkompetenzen berücksichtigen die eigene sach- und wertorientierte Urteils- und Mitgestaltungsfähigkeit des Subjekts stärker als dies in dem Teilbildungsplan Wirtschaft ersichtlich wird. Sie zeigen damit, dass auch kompetenzorientierte Bildungspläne dies nicht ausschließen müssen.

2 Gemeinsamkeiten von Gemeinschaftskunde und Wirtschaft

Betrachtet man die beiden Fächer Wirtschaft und Gemeinschaftskunde fallen einige Gemeinsamkeiten auf.³

1. Die **prozessbezogenen Kompetenzen** Analyse-, Urteils-, Handlungs- und Methodenkompetenz sind identisch. Sie unterscheiden sich damit beispielsweise von Ethik (wahrnehmen und hineinversetzen, analysieren und interpretieren, argumentieren und reflektieren, beurteilen und sich entscheiden), von Geschichte (Methoden-, Reflexions-, Orientierungs-, Sachkompetenz und chronologische Übersicht), weniger von Geographie (Orientierungs-, Analyse-, Urteils-, Handlungs- und Methodenkompetenz), eher sprachlich von den naturwissenschaftlichen Fächern (Erkenntnisgewinnung, Kommunikation, Bewertung, Herstellung bzw. Erkenntnisgewinnung und Forschen, Kommunikation und Organisation, Bedeutung und Bewertung, Entwicklung und Konstruktion).
2. Weitgehend identisch sind auch die angelegten **Dimensionen und Perspektiven**.
 - So ist die *individuelle Dimension* nahezu gleich. In beiden Fällen sollen die Lernenden befähigt werden bei der Bewertung von Sachverhalten und Lebenssituationen sowohl die eigenen Interessen und Chancen zu berücksichtigen, aber auch die Interessen des sozialen Umfelds bzw. Nachhaltigkeitsaspekte zu reflektieren.
 - Die *öffentliche Dimension* auf Seiten der Gemeinschaftskunde erfordert ebenso die Einbeziehung und Berücksichtigung der Interessen und Werte anderer Akteure vor allem als Perspektivübernahme und Problembewusstsein wie dies in der Dimension der *wirtschaftlichen Beziehungen* auf Seiten von Wirtschaft/Berufsorientierung auch unter Berücksichtigung von Zielkonflikten, Wirkungszusammenhängen und hinsichtlich der Gestaltung von Kooperation im Sinne ausgewogener Problemlösungen einer sozialen Nachhaltigkeit eingefordert wird.
 - Mit der *institutionellen* und *systemischen* Perspektive im Rahmen der politischen Bildung sollen die Lernenden einen Blick für institutionalisierte Koordinationsverfahren gewinnen und Probleme auf der Systemebene untersuchen. Dies entspricht der Dimension: *Ordnung und System* im Rahmen der ökonomischen Bildung, die ebenfalls erfordert die Interdependenzen der Funktionsweise von Märkten und die Gestaltbarkeit durch politisch-rechtliche und staatlichen Rahmen in Analyse und Bewertung einzubeziehen.

Von besonderem Interesse ist die in allen drei Perspektiven angelegten Verschränkungen mit dem jeweils anderen Fach, die nicht einfach voneinander zu trennen sind. Während dies besonders deutlich in der institutionellen bzw. systemischen Perspektive wird, kommt es aber ebenso in der individuellen und öffentlichen bzw. wirtschaftlichen Perspektive zum Ausdruck, worauf im Fach Wirtschaft/ Berufsorientierung deutlicher verwiesen wird als im Fach Gemeinschaftskunde.

³ Thorsten Hippe (2010) hat die sinnvolle Verschränkung der beiden Perspektiven in seiner Dissertation überzeugend herausgearbeitet und dabei auch gezeigt, dass es mehr Gemeinsamkeiten als Trennendes gibt. Zu weiteren Beiträgen zur Problematik der Trennung siehe auch Weber, Birgit 2015; 2014.

3. Betrachtet man die politikdidaktischen **Basiskonzepte**, ergeben sich weitere Gemeinsamkeiten, selbst wenn diese im wirtschaftsdidaktischen Konzept nicht explizit genannt werden.
- Dem Basiskonzept *Macht und Entscheidung* steht ökonomisch *Entscheidungen (und Alternativen)* gegenüber.
 - Der politikdidaktischen *Ordnung und Struktur* entspricht wirtschaftsdidaktisch *Ordnung und System*.
 - *Regeln und Recht* finden ökonomisch ihr Pendant in den *Spielregeln* bzw. auch in *Anreize und Restriktionen*.
 - Die Dimension *Interesse und Gemeinwohl* haben ihre Entsprechung in *Interessen, Interaktion und Kooperation*.
 - Die politikdidaktischen Konzepte *Privatheit und Öffentlichkeit* haben ein wirtschaftsdidaktisches Pendant in *privaten Haushalten und Unternehmen* einerseits und öffentlich im *Staat* andererseits.
 - Auch *Knappheit und Verteilung* fänden ihre Entsprechung in Kosten und Nutzen, mehr aber noch in den nicht genannten Dimensionen *Allokation und Distribution*, weiter zu ergänzen durch Stabilisierung.
4. Die **didaktischen Prinzipien** sind weitgehend identisch:
- Schüler-,
 - Problem-,
 - Handlungsorientierung,
 - Exemplarität,
 - Kontroversität (Überwältigungsverbot, Beutelsbacher Konsens).
- Darüber hinaus gibt es einige Unterschiede, die aber nicht als Besonderheiten der jeweiligen Seite zu sehen sind, sondern auch in dem jeweils anderen Fach kaum vernachlässigbar sind.
- Aktualität in Gemeinschaftskunde,
 - Lebensweltbezug, Bildung und Analyse von Modellen in Wirtschaft/Berufsorientierung.

Aus einer oberflächlichen fachdidaktischen Perspektive lässt sich also eine Vielzahl von Gemeinsamkeiten ermitteln.

3 Verzerrungen und unnötige Trennungen

Leitperspektiven

Betrachtet man den Beitrag der beiden Fächer zu den **Leitperspektiven** wird deutlich, dass sie sich zum Teil ähneln, zum anderen aber stark ergänzen (müssten). Zum Teil bedingt die Trennung Ausblendungen des jeweiligen anderen Fachs, obwohl diese Perspektive zur Bereicherung notwendig wäre. Zum anderen könnten aber auch Dopplungen aus ähnlichen Perspektiven grundlegende Resilienzen der Individuen gegen gutgemeinte Bildungsaufträge noch verstärken.

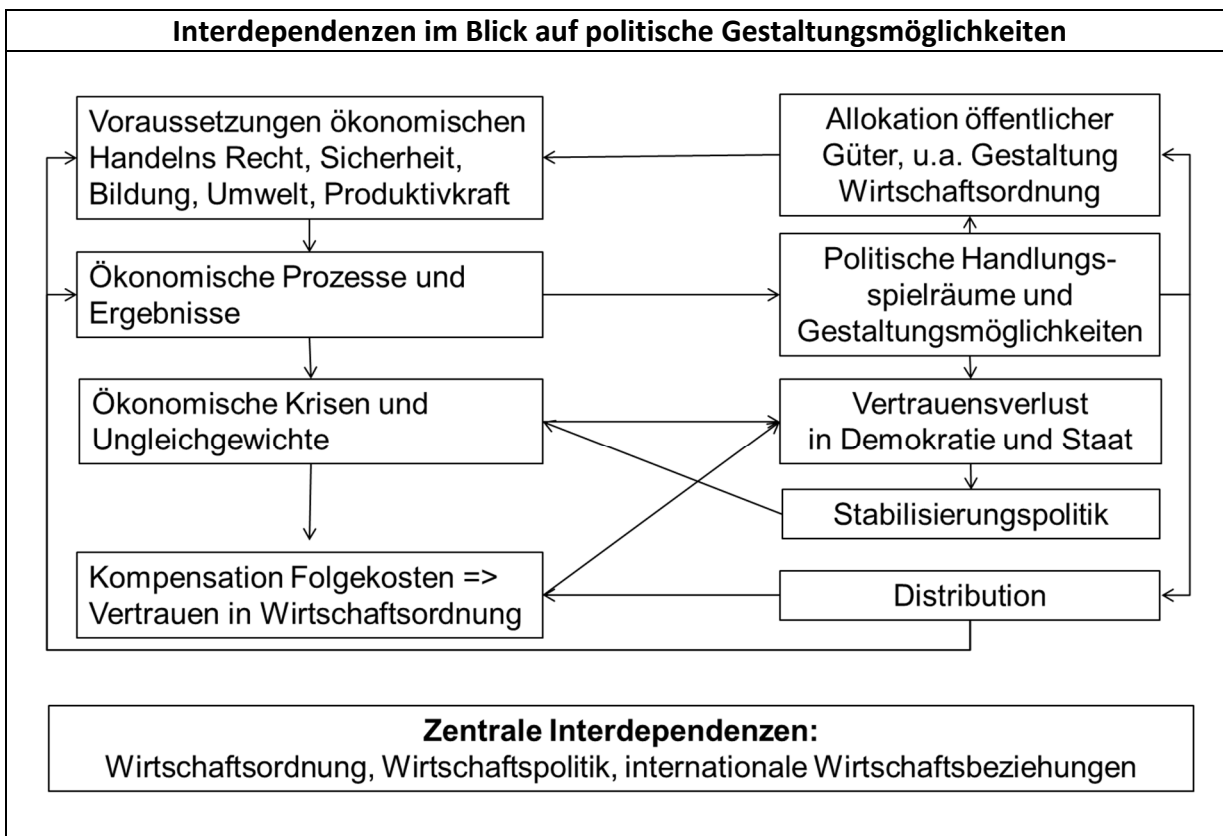
- **Prävention und Gesundheitsförderung:** Gemeinschaftskunde bezieht sich auf den wertschätzenden Diskurs, die Perspektivenübernahme und die gewaltfreie Bewältigung von Konflikten. Wenig verständlich ist die Leerstelle angesichts der Möglichkeiten gesundheitliche Aspekte auch als Qualitätskriterien bei Kaufentscheidungen ebenso zu berücksichtigen wie bei Qualitätskriterien für gute Arbeit, bei der Ressourcenorientierung, der Förderung von Lebenskompetenzen sowohl als Verbraucher als auch als Berufswähler im Fach Wirtschaft, das aber Kriterien für Kaufentscheidungen von Verbrauchern gegenwärtig ebenso vernachlässigt wie Qualitätskriterien für Arbeitsbedingungen.

- **Medienbildung:** Gemeinschaftskunde berücksichtigt die gesellschaftlichen Implikationen der Medien, aber auch individuelle und politische Herausforderungen sowie deren Rolle als Mittler und Instrument zwischen unterschiedlichen Akteuren. Im Fach Wirtschaft ließen sich Bezüge zur Medienbildung nicht nur über Werbung, sondern auch über ökonomische Aspekte etwa der Meinungsbildung herausstellen, was aber im Fach kaum berücksichtigt wird.
- **Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt:** Gemeinschaftskunde nimmt die gesellschaftliche Vielfalt, der Abbau von Vorurteilen und die Ausbildung von Toleranz in den Blick. Wirtschaft betont zwar die Bedeutung der Perspektive, sie kommt aber über diese prinzipielle Bedeutungsbeimessung nicht hinaus, auch wenn sowohl im Blick auf Konsum als auch Beruf Herausforderungen der Heterogenität nicht unbedeutend wären.
- **Verbraucherbildung** wird im Fach Wirtschaft größer geschrieben als es in der Beschreibung des Fachs zur Leitperspektive zum Ausdruck kommt. Den Konsumenten wird in dem Fach eine eigene Strukturperspektive gewidmet, es stellt damit das eigentliche Ankerfach für die Verbraucherbildung dar. Gerade deshalb erscheint es problematisch, wenn die wirtschaftswissenschaftliche Perspektive allein zuständig wäre. Ergänzt werden auch die unterschiedlichen Entscheidungen als Versicherungs-, Kreditnehmer und Anleger sowohl hinsichtlich der individuellen Selbstbestimmung als auch der rechtlichen Stellung. Im Fach Gemeinschaftskunde wird hingegen lediglich die Perspektive der Verbraucherpolitik auf europäischer Ebene als Option angedacht, so dass Fragen von Verbraucherrecht und -schutz im Fach der ökonomischen Bildung angemessen präsent sein müssten, sollte nicht das Ideal der Konsumentensouveränität die alleinige, gleichwohl unrealistische Oberhand gewinnen. Auch ergeben sich im Rahmen von Gemeinschaftskunde gerade im Zusammenhang mit den Feldern Zusammenleben in sozialen Gruppen, Leben in der Medienwelt sowie Familie und Gesellschaft weitere wichtige Bezüge, die hier ebenso zu berücksichtigen wären, wie Bezüge vom Sozialstaat zu den Versicherungsnehmern herzustellen wären.
- Die **berufliche Orientierung** ist ebenfalls zentrales Anliegen des Faches Wirtschaft, wobei zum einen die Berufswahl selbst Gegenstand ist, zum anderen der künftige Arbeitnehmer und der Unternehmer. Die unternehmerische Perspektive ist durchaus auch für das Verständnis der Arbeitnehmer als systematisches Umfeld bedeutsam. Demgegenüber widmet sich das Fach Gemeinschaftskunde den Problemstellungen mangelnder Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Genderaspekten bei der Gestaltung der Arbeitswelt oder Fragen der prekären Beschäftigung. Eine stärkere Verschränkung wäre gleichwohl nötig, wenn nicht die gesellschaftliche Perspektive auf die Erwerbstätigkeit in dem einen Fach, die unternehmerische Perspektive in dem anderen vorgenommen werden soll und die Verschränkung den Lernenden auferlegt wird.
- **Bildung für Nachhaltigkeit** beziehen Wirtschaft und Gemeinschaftskunde in der Beschreibung der Leitperspektiven auf Verletzungen als auch auf individuelle und kollektive Gestaltungsmöglichkeiten sozialer, globaler und ökologischer Nachhaltigkeit, wobei Gemeinschaftskunde den Schwerpunkt auf demokratisches Handeln, soziale Ungleichheit und das prinzipielle Ziel reklamiert, während sich Wirtschaft vor allem auf die Folgen, die ökonomischen Entscheidungen unter der Perspektive der Nachhaltigkeit bezieht, beschränkt, ohne diese allerdings explizit und grundständig einzufordern – eine zwangsläufige Folge der Vernachlässigung gesellschaftlicher Herausforderungen. Es kann aber auch nicht von einer durchgängigen Vernachlässigung gesprochen werden, denn Möglichkeiten nachhaltigen Konsums und Verzichts sollen in das ökonomische Handeln „eingeordnet“ werden, Marktversagen und öffentliche Güter erklärt, das BIP soll mit einem alternativen Wohlstandsindikator verglichen oder auch Fragen sozialer Gerechtigkeit, fairen Handels oder unternehmerischer Verantwortung einbezogen werden.

Inhaltsfelder

Berücksichtigt man zusätzlich die verschiedenen inhaltlichen Dimensionen der Fächer, stellt sich angesichts der vielfältigen Verknüpfung sozialer, rechtlicher, politischer und internationaler Fragen mit ökonomischen Herausforderungen die Frage, inwiefern die Trennung von Gemeinschaftskunde und Wirtschaft eine Vielzahl von Bezügen auch durch ihre Segmentierung in unterschiedliche Fächer unnötig verkürzt.⁴

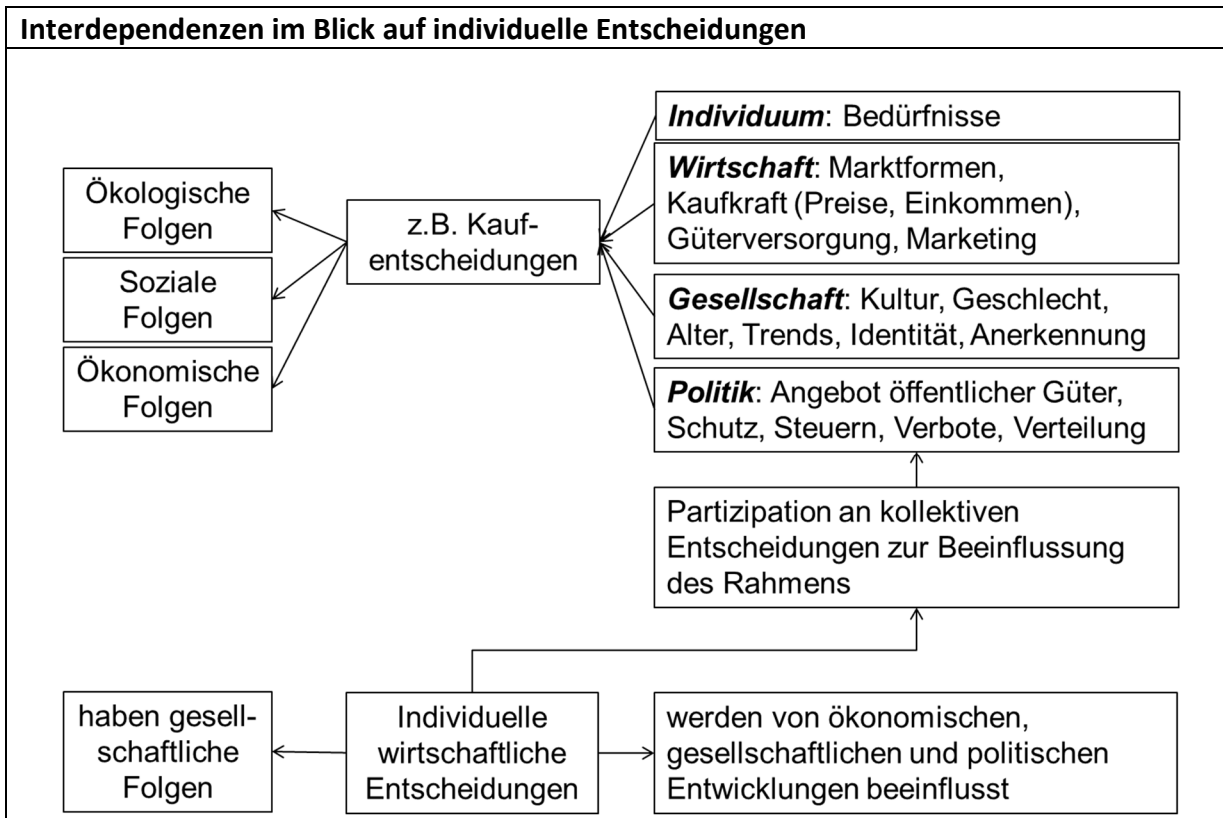
Die Problematik der Trennung von Politik und Wirtschaft zum Verständnis der zentralen Interdependenzen lässt sich am Beispiel der politischen Gestaltung gut verdeutlichen. So ermöglichen einerseits ökonomische Prozesse und Ergebnisse die politischen Handlungsspielräume und Gestaltungsmöglichkeiten z.B. für die Allokation öffentlicher Güter einerseits oder auch die Distribution im Rahmen der Einkommensumverteilung. Gleichzeitig stellen die durch Politik verbindlich geschaffenen Rahmenbedingungen erst die verlässlichen Voraussetzungen ökonomischen Handelns etwa durch Rechtssicherheit, innere und äußere Sicherheit dar, sie fördern aber auch Bildung, den Erhalt der Umwelt sowie die Bereitstellung der Infrastruktur als verlässliche Produktivkräfte. Ökonomische Prozesse können zu Krisen und Ungleichgewichten führen, die wiederum mit hohen Folgekosten und mangelndem Vertrauen sowohl in die Wirtschaftsordnung als auch die politische Ordnung einher gehen, so dass sowohl über politische Stabilisierung als auch Distribution Folgekosten wirtschaftlicher Prozesse zu kompensieren sind, die wiederum ökonomische Prozesse und Voraussetzungen beeinflussen.



Interdependenzen ergeben sich aber ebenso auf der Mikroebene individueller Entscheidungen etwa des Konsums oder der Berufswahl. So haben individuelle Kaufentscheidungen einerseits ökonomische, ökologische und soziale Folgen, sie werden aber wiederum beeinflusst von der individuellen Ausprägung der Bedürfnisstruktur, von ökonomischen Einflüssen wie Marketing, dem

⁴ Vgl. die Skizzierung der Interdependenzen sowohl auf der Makro- als auch auf der Mikroebene in Weber 2015.

Verhältnis von Preisen und Einkommen als Kaufkraft, der Güterversorgung sowie den Marktformen. Sie werden aber auch gesellschaftlich von kulturellen, geschlechtlichen und Generationeneinflüssen ebenso geformt wie von Trends, der Suche nach unverwechselbarer Identität oder dem Streben nach sozialer Anerkennung. Die Entscheidungsmöglichkeiten werden durch politische Faktoren beeinflusst, indem etwa ein bestimmtes Güterangebot öffentlich zur Verfügung gestellt wird oder aber Schutz über Verbote und Gebote, Entscheidungsbeeinflussung durch Steuern und Informationen oder die Wahrnehmung von Interessenvertretung über Verbraucherverbände die individuellen Entscheidungsmöglichkeiten des Individuums erweitern oder beschränken.



Die Interdependenzen individueller Entscheidungen im Rahmen gesellschaftlicher Ordnungen bzw. die Wechselwirkung von Politik und Wirtschaft im Rahmen politischer Gestaltung sind so offensichtlich, dass Beschreibungs-, Erklärungs- und Gestaltungszusammenhänge sowohl der individuellen Entscheidungssituationen als auch der politischen Gestaltungszusammenhänge im Falle der Trennung künstlich abgebrochen und Individuen mit einer einseitigen Perspektive auf Handlungssituationen und Gestaltungsmöglichkeiten alleine gelassen werden. Während die Divergenz unterschiedlicher Entscheidungs-, Interaktions- und Institutionentheorien nahelegt, die Individuen nicht allein mit einer spezifischen oder auch einseitigen Brille für die Welt auszustatten, erfordert die Befähigung zur Bewältigung individueller Lebenssituationen und zur Teilhabe an politischen Gestaltungsherausforderungen die Erklärungen und Handlungsspielräume nicht unzulässig zu verkürzen oder einseitig zu beschränken.

Auch in den Anhörungsfassungen ergeben sich solche unnötigen Trennungen. So erfolgt die Auseinandersetzungen mit den Rollenerwartungen an Jugendlichen im Feld Zusammenleben in sozialen Gruppen im Fach Gemeinschaftskunde mit besonderer Relevanz für das Verbraucherverhalten. Es existieren auch enge Verknüpfungen zwischen dem Feld Verbraucher in Wirtschaft mit dem Thema Medienwelt in Politik, wobei eine Analyse der Medienwelt auch unter ökonomischen Zusammenhängen durchaus für eine angemessene Urteilsfähigkeit sinnvoll wäre. Eine sinnvolle Verknüpfung der drei wirtschaftlichen Felder Verbraucher, Erwerbstätige und Wirtschaftsbürger lie-

ßen sich ebenso herstellen zu den Feldern Familie und Gesellschaft, Zuwanderung und Sozialstaat, den Kinder- und Grundrechten sowie auch zur EU. Gerade hier werden ökonomische Bezüge in den Problemanalysen gefordert, während grundlegende Konzepte dafür aber in Gemeinschaftskunde nicht benannt werden.

Gleichzeitig ergeben sich Verzerrungen, die möglicherweise gar nicht beabsichtigt sind, sondern strukturell durch die Fokussierung des eigenen Gegenstandsbereichs und der eigenen Fachperspektive bedingt sind. Vergleicht man die Kompetenzen, lässt sich feststellen, dass die geforderte Urteilskompetenz im Fach Wirtschaft zum einen zwar Marktversagen erklärt sowie Folgen des Wandels der Arbeit, von konjunkturellen Phasen und der ökonomischen Integration beurteilt werden sollen, das Spannungsverhältnis von wirtschaftlicher Freiheit und sozialer Gerechtigkeit an einem sozialpolitischen Beispiel erläutert, Staatsausgaben aus der Kosten-Nutzenperspektive, Wirkungen staatlicher Schutzvorschriften, staatliche Regelungen und protektionistische Maßnahmen beurteilt werden sollen. Damit wirft das Fach Wirtschaft viel deutlicher einen kritischen Blick auf die staatlichen Regeln, nicht aber auf die Marktergebnisse. Im Prinzip verhält sich das Fach Gemeinschaftskunde reziprok. Hier werden problematische gesellschaftliche, ökonomische und auch internationale Entwicklungen betont, die zwangsläufig politischen Regelungsbedarf aufwerfen, wobei aber wiederum problematische Entwicklungen, wie sie etwa durch die neue Politische Ökonomie erläutert werden, trotz Kontroversitätsgebot nur begrenzt zum Vorschein kommen. Es wäre zu hoffen, dass sich in einem kombinierten Fach Politik-Wirtschaft solche Verzerrungen eher in Grenzen halten würden, sich aber gleichzeitig auch das Ausmaß an Institutionenkunde im Fach Gemeinschaftskunde begrenzen lassen dürfte, da es nicht mehr erforderlich ist, seinen angemessenen Platz durch kleinteilige Ausdifferenzierung von Inhalten im begrenzten Zeitkontingent strategisch zu Lasten der Subjekte unter Beweis zu stellen.

Auch wenn aus den oben genannten Gründen eine Integration für angemessen, sinnvoll und notwendig angesehen wird, ist doch zu konstatieren, dass es für eine solche Integration noch wenig überzeugende Vorbilder gibt. Oft ist die ökonomische Bildung tatsächlich in Integrationsfächern verkürzt, wobei weder ökonomische Denkschemata angemessen eingebettet, noch die Perspektive auf Arbeit und Konsum angemessen berücksichtigt werden. Aber auch in reinen Wirtschaftsfächern erscheint eine ökonomische Bildung oft unzulässig auf den ökonomischen Denkansatz verengt, schließlich konzentriert sie sich auf die eigene Domäne. Entsprechend ist die didaktische Orientierung⁵ entscheidend, die sich in ihrer Vorbereitung auf die ökonomische Lebenswelt nicht auf Konzepte der Wirtschaftswissenschaften beschränken kann, aber eben auch nicht ohne diese auskommt, während andererseits eine auf reine Operationalisierung beschränkte Kompetenzorientierung weder dem Subjekt noch innovativen und aktuellen Herausforderungen gerecht wird. Eine integrative Fachkonzeption verlangt aber auch gerade für Integrationsfächer die Mitwirkung der jeweiligen unterschiedlichen FachdidaktikerInnen. Gleichzeitig erfordert die bildungspolitische Bedeutung der Befähigung mündiger Verbraucher und Erwerbstätiger sowie Zivil-, Staats- und Weltbürger (ob gemeinsam oder getrennt) auch ein angemessenes Stundenkontingent. Der Anteil, der Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Recht gemeinsam zugestanden wird, ist zusammen oft immer noch niedriger als für vergleichbare andere gesellschaftswissenschaftliche Fächer.

⁵ Vgl. z.B. Hedtke, Reinhold / Weber, Birgit (Hrsg.) 2008, Hedtke, Reinhold 2011; Weber, Birgit 2014; 2013; 2012; 2010

4 Zeitkontingent für Wirtschaft und Gemeinschaftskunde

Die vorgesehenen **Kontingentsstundentafeln** weisen Gemeinschaftskunde und Wirtschaft/Berufs- und Studienorientierung zumindest in der Werkrealschule, der Realschule und der Gemeinschaftsschule im gesellschaftswissenschaftlichen Spektrum einen angemessenen Stellenwert bei, der addiert höher ist als Geschichte und Geographie. Dieser Anteil wäre mindestens für das Gymnasium ebenfalls notwendig. Hier werden aber drei Stunden weniger für die beiden Fächer vorgesehen als beispielsweise für Geschichte allein. Das entspricht nicht der Bedeutung dieser beiden Fächer bzw. Fachperspektiven.

	<i>GES</i>	<i>GEO</i>	<i>GK</i>	<i>W/BO</i>	<i>GW</i>	<i>NW</i>	<i>WPI T/AES</i>	<i>WPII NWT</i>
Werkrealschule	8	7	5	5	25	24	12	
Realschule	8	7	5	5	25	24	12	
Gemeinschaftsschule	8	7	5	5	25	25	12	8
Gymnasium	10	7	4	3	24	25		12

Darüber hinaus ist aber ebenso kaum vorstellbar, dass das Ausmaß an Anforderungen in diesem Rahmen bewältigt werden kann. Addiert man die Teilkompetenzen und stellt sie dem verfügbaren Stundenkontingent gegenüber, angenommen 1 Stunde im Zeitkontingent entspräche 40 Unterrichtsstunden, wird deutlich, dass für jede inhaltsbezogene Kompetenz im Fach Gemeinschaftskunde in der Mittelstufe 1,9-2,5 Stunden zur Verfügung stehen, selbst im Leistungskurs in der Oberstufe sind es lediglich 2,7 im vierstündigen und 4,8 im zweistündigen Kurs. In Wirtschaft sind es mit 2,9 in der Mittelstufe etwas mehr und soweit das Fach als vierstündiger Kurs in der Oberstufe vorgesehen ist immerhin 5,5 Stunden. Inwiefern damit vor allem in der Mittelstufe nachhaltige Lernerfolge realisierbar sind, erscheint zumindest fragwürdig, so dass entweder Kompetenzen zu reduzieren oder aber der Stundenanteil für Politik und Wirtschaft am Gymnasium zu überdenken wäre, zumal ja auch noch Freiraum existieren sollte.

	<i>Wirtschaft / Berufsorientierung</i>			<i>Gemeinschaftskunde</i>		
	Ziele	Stunden	Ziel/h	Ziele	Stunden	Ziel/h
Sekundarschulen	68	200	2,9	80-93	200	2,1-2,5
Gymnasien	42	120	2,9	84	160	1,9
2-Stündiger Kurs	[58]	[160]	[2,8]	33	160	4,8
4-Stündiger Kurs	58	320	5,5	117	320	2,7

D Empfehlungen

Integration von Politik und Wirtschaft und ihr Stundenkontingent

Angesichts einer starken Verschränkung von Inhaltsfeldern sowohl hinsichtlich der politisch-ökonomischen Perspektive auf die Wirtschaftspolitik einerseits und der sozio-ökonomischen Perspektive auf Verbraucher und Erwerbstätige andererseits überzeugt die Trennung von Wirtschaft/Berufs- und Studienorientierung nicht. Sie birgt die Gefahr unnötiger Verzerrungen in beiden Fächern, bei der letztlich eine starke Fokussierung des fachlich Besonderen so zum Tragen kommt, dass die allgemeine Kompetenzorientierung unter dominanter Reproduktion leidet. Angesichts des Ausmaßes an didaktischen Gemeinsamkeiten wäre eine Integration der beiden Fachperspektiven wenig problematisch. Erforderlich wäre eine gemeinsame Konstruktion durch beide Fachdidaktiken, aber auch ein gleichberechtigtes Stundenkontingent im Rahmen der Gesellschaftswissenschaften für hier immerhin zwei, wenn nicht gar vier Fachperspektiven.

Orientierung der Teilkompetenzen an einer fachdidaktischen Struktur

Eine fachdidaktische Konzeption, die weder ein Miniaturabbild einer Fachwissenschaft sein will, noch pure Anpassung an gesellschaftliche Anforderungen leisten will, würde sich einerseits in der Struktur an ökonomisch relevanten Entscheidungen orientieren. Sie würde dabei (1) Probleme, Gefährdungen, Chancen oder neutraler Herausforderungen ermitteln, (2) deren Ursachen erklär- und verstehbar machen, dabei sowohl Theorie als auch Interessenkonflikte und Empirie einbeziehen, um (3) individuelle, kollektive und politische Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten unter Berücksichtigung von Zielen, Zielkonflikten und Folgen zu ermitteln und damit auch ein Denken in Alternativen fördern. Sie würde aber auch Interdependenzen zu gesellschaftlichen Entwicklungen nicht ausblenden. Entsprechend wird für die didaktische Strukturierung der Teilkompetenzen eine problemorientierte Struktur empfohlen sowie für die inhaltliche Strukturierung die Ergänzung der individualistischen Entscheidungsorientierung durch eine Urteilsorientierung zu gesellschaftlichen Herausforderungen.

Den impliziten Ansprüchen der Baden-Württembergischen Lehrplanentwicklung würde ein solches Konzept eher gerecht werden, weil es von vorneherein wissenschaftliche Ansätze auf ihren Beitrag zu den Perspektiven ermitteln würde, anstatt Lebenssituationen vor allem dazu zu nutzen, wissenschaftliches Wissen (scheinbar) lebensnah zu strukturieren.

	Verbraucher*in		Erwerbstätige	
Herausforderungen Probleme / Gefährdungen ⇔ Chancen				
Ursachen Konzepte, Theorien, Ordnung, System ⇔ Konflikte, Empirie				
Handlungs-/Gestaltungsoptionen (Individuell, kooperative, politisch) ⇔ Ziele / Zielkonflikte / Folgen				
Aspekte der Entwicklung zur	↑Wirtschaftsbürger↓			
	ökologischen Gesellschaft	Wohlstands- gesellschaft	sozialen Gesellschaft	internationalen Gesellschaft

Überprüfung der Teilkompetenzen

Im Blick auf das Fach Wirtschaft / Berufsorientierung liegt eine Ergänzung bzw. Überarbeitung der Teilkompetenzen in den folgenden Fällen nahe.

Einschränkend sei vermerkt, dass einige der im Folgenden für Verbraucher und Beruf reklamierten Desiderate durch das Fach Alltagskultur, Ernährung, Soziales im Feld Konsum berücksichtigt werden. In diesem Fach existieren gerade im Feld Lebensbewältigung und Lebensgestaltung sowohl Überschneidungen mit Gemeinschaftskunde als auch mit der Berufswahl in Wirtschaft. Es gilt allerdings zu bedenken, dass das Fach Alltagskultur, Ernährung, Soziales lediglich ein Wahlpflichtfach darstellt, das an der Werkrealschule in Konkurrenz zu Technik steht und an Real- und Gemeinschaftsschulen darüber hinaus mit der für den weiteren Weg in die gymnasiale Oberstufe attraktiven zweiten Fremdsprache konkurriert.

Verbraucher

Das Feld Verbraucher wird der intendierten Zielsetzung, Alltagssituationen ins Zentrum zu stellen, nur sehr begrenzt gerecht, da es nicht vorrangig an der Entscheidungssituation, sondern an der Vermittlung ökonomischen Modellwissens orientiert ist. Angestrebt werden sollte

- Alternativen der Bedarfsdeckung im Blick auf individuelle Bedürfnisse unter Berücksichtigung des verfügbaren Haushaltseinkommens und verschiedener Bedarfsbereiche prüfen,
- Beeinflussung der Verbraucherverhaltens durch Marketing untersuchen und unterschiedliche Interessen identifizieren
- individuelle, ökonomische, ökologische, soziale Auswirkungen von Konsumententscheidungen analysieren
- kriteriengeleitet Konsumgüter/Dienstleistungsverträge analysieren unter Berücksichtigung von Informationsasymmetrien und Auswahlentscheidungen (anstatt Kaufentscheidungen auf das ökonomische Prinzip zu reduzieren und Untersuchungen auf Individualversicherungen zu beschränken)
- für unterschiedliche Herausforderungen beim Kauf von Verbrauchs-, Gebrauchsgütern und Versorgungsleistungen unter Berücksichtigung von Spontan-, Gewohnheits- und geplanten Kaufentscheidungen Lösungen zu entwickeln
- Gestaltungsoptionen für einen selbstbestimmten und verantwortlichen Konsum auch unter Berücksichtigung kooperativer Strategien zu entwickeln
- die Bedeutung unabhängiger Verbraucherorganisationen zur Bündelung von Verbraucherinteressen einerseits beschreiben und zur Gewährleistung von Information und Beratung beurteilen
- das Leitbild der Konsumentensouveränität als individuellen Einfluss auf Marktergebnisse gegenüber politischen Strategien zur Stärkung der Konsumentenposition bzw. zum Konsumentenschutz an Beispielen prüfen
- Kritisch geprüft werden sollten zudem folgende Aspekte
 - Macht und Wirtschaftskreislauf statt Wettbewerb
 - Herausforderungen von Versicherungen (statt Problem der Finanzierung),
 - Keine Beschränkung der Wettbewerbsperspektive auf die Preisbildung

Erwerbstätige

Kritisch zu überprüfen sind die mangelnde Komplexität der Berufsorientierung zum einen und die implizite Einstellungsförderung zu Unternehmern zum anderen. Darüber hinaus fehlen einige Grundlagen, die dieses Fach eigentlich liefern müsste:

- Arbeitsteilung und Spezialisierung in ihren Vor- und Nachteilen an Beispielen beurteilen

- Aufbau und arbeitsteilige Organisation von Unternehmen analysieren
- Unterschiedliche Berufsfelder analysieren,
- Gesellschaftliche Restriktionen der Berufswahlentscheidungen erklären, ihre Überwindungen am Beispiel von Berufsbioografien analysieren, sowie individuelle und politische Gestaltungsoptionen beurteilen,
- Anforderungen der Arbeitswelt an Erwerbstätige analysieren, Veränderungen prüfen und beurteilen,
- Kriterien zur Beurteilung von Arbeitsplätzen und –bedingungen entwickeln und an Beispielen prüfen
- Vor allem aber sollte die implizite Imagekampagne für Unternehmer kritisch geprüft werden.

Wirtschaftsbürger

Das Feld des Wirtschaftsbürgers wäre im Blick auf die Begründung der Ziele der Wirtschaftspolitik, die Herausforderung von Zielkonflikten sowie schließlich eine exemplarische wirtschaftspolitische Analyse zu **einem verletzten Ziel** unter Berücksichtigung dessen Begründung, von Zielen, Zielkonflikten, Indikatoren, Ursachen und kontroversen Gestaltungsvorschlägen sinnvoller. Dieser Bereich stellt eine solche beliebige Zusammenstellung wenig zusammenhängender Zielsetzungen dar, dass eine grundständige Überarbeitung dringend erforderlich wäre.

Kurstufe

Kritisch ist die Aufteilung mancher inhaltsbezogenen Kompetenzen auf Sekundarstufe I und II.

- Viele der Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre wären zum Verständnis der Arbeitswelt schon in der Sekundarstufe I sinnvoll (etwa Marketing-Mix, Unternehmensorganisation), die wirtschaftspolitische Auseinandersetzung mit dem Arbeitsmarkt böte eine sinnvollere Fokussierung für die Sekundarstufe I statt der dort vorhandenen Beliebigkeit, die aber im Blick auf die Kontroversität nicht allein auf wachstumsoffensive Strategien ausgerichtet sein dürfte.
- Es böte sich durchaus an, ein Feld zu internationalen und europäischen Wirtschaftsbeziehungen zu entwickeln, statt globale Güter- und internationale Finanzmärkte getrennt zu behandeln.
- Die Integration auch neuerer ökonomischer Theorien und Ansätze - etwa die Institutionenökonomik, Verhaltensökonomik oder auch Unternehmens- und Wirtschaftsethik wären ebenso zu ermöglichen wie heute thematisierte Alternativen des Wirtschaftens (etwa Gemeinwohlökonomie, solidarisches Wirtschaften, Sharing Economy) oder auch kritische Auseinandersetzungen über systemische Fragen wie Kapitalismus oder Marktwirtschaft.

E Literatur

- Dauenhauer, Erich 1997: Kategoriale Wirtschaftsdidaktik, Münchweiler/Rod.;
- Famulla, Gerd E. / Fischer, Andreas / Hedtke, Reinhold / Weber, Birgit / Zurstrassen, Bettina 2011: Bessere ökonomische Bildung: problemorientiert, pluralistisch, multidisziplinär, In: Aus Politik und Zeitgeschichte (Apuz) 12/2011, S. 48-54; <http://www.bpb.de/files/EPCQ28.pdf>
- Hedtke, Reinhold 2011: Konzepte ökonomischer Bildung. Schwalbach/Ts.
- Hedtke, Reinhold / Weber, Birgit (Hrsg.) 2008: Wörterbuch Ökonomische Bildung. Wochenschau-Verlag Schwalbach / Ts.,
- Hedtke, Reinhold; Famulla, Gerd-E.; Fischer, Andreas; Weber, Birgit.; Zurstrassen, Bettina 2010: Für eine bessere ökonomische Bildung. Kurzexperte zum Gutachten „Ökonomische Bildung an allgemeinbildenden Schulen Bildungsstandards und Standards für die Lehrerbildung im Auftrag des Gemeinschaftsausschusses der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft“ vom November 2010
http://www.iboeb.org/uploads/media/Bessere_oekonomische_Bildung_02.pdf;
- Hippe, Thorsten 2010: Wie ist sozialwissenschaftliche Bildung möglich? Gesellschaftliche Schlüsselprobleme als integrativer Gegenstand ökonomischer und politischer Bildung. Wiesbaden.
- Klieme, Eckhard u.a. 2007: Zur Entwicklung nationaler Bildungsstandards. Eine Expertise. Bonn Berlin (1. Auflage 2003). http://www.bmbf.de/pub/zur_entwicklung_nationaler_bildungsstandards.pdf
- Klump, Rainer 2011: Wirtschaftspolitik im volkswirtschaftlichen Curriculum – Glanzlicht oder Auslaufmodell? In: Caspari, Volker; Scheffold, Bertram (Hrsg.) 2011: Wohin steuert die ökonomische Wissenschaft? Ein Methodenstreit in der Volkswirtschaftslehre. Frankfurt S. 89-107
- Krol, Gerd-Jan 2001: „Ökonomische Bildung“ ohne „Ökonomik“? Zur Bildungsrelevanz des ökonomischen Denkansatzes. In: Sowi – onlinejournal. Zeitschrift für Sozialwissenschaften und ihre Didaktik, Jg. 2 (1). <http://www.sowi-online.de/journal/2001-1/krol.htm>
- Kruber, Klaus-Peter 1997. Stoffstrukturen und didaktische Kategorien zur Gegenstandsbestimmung ökonomischer Bildung. In: Kruber, Klaus-Peter, Konzeptionelle Ansätze ökonomischer Bildung. Bergisch Gladbach, S. 55-74.;
- Kruber, Klaus-Peter 2006: Ökonomische Bildung - ein Beitrag zur Allgemeinbildung? Eine immer wieder neue Frage an den Wirtschaftsunterricht. In: Weißeno, Georg [Hg.] 2006: Politik und Wirtschaft unterrichten. Wiesbaden, S. 187-202.;
- May, Hermann 1998: Didaktik der ökonomischen Bildung, München;
- Ochs, Dietmar / Steinmann, Bodo 1978: In: Forndran, Erhard / Hummel, Hans .J. / Süßmuth, Hans (Hrsg.) 1978 : Studiengang Sozialwissenschaften: Zur Definition eines Faches. Düsseldorf, S. 186-223.
- Retzmann, Thomas; Seeber, Günther; Remmele, Bernd; Jongebloed, Hans-Carl 2010: Ökonomische Bildung an allgemein bildenden Schulen. Bildungsstandards und Standards für die Lehrerbildung. Im Auftrag des Gemeinschaftsausschusses der gewerblichen Wirtschaft, o.O.
<http://bankenverband.de/downloads/102010/gutachten-okonomische-bildung-an-allgemeinbildenden-schulen>
- Schlösser, Hans Jürgen / Weber, Birgit 1999: Wirtschaft in der Schule. Eine umfassende Analyse der Lehrpläne für Gymnasien. Inkl. CD-ROM (Hrsg. Bertelsmann-Stiftung, Heinz Nixdorf Stiftung, Ludwig-Erhard-Stiftung), Gütersloh
- Seeber, Günther; Retzmann, Thomas; Remmele, Bernd; Jongebloed, Hans-Carl 2012: Bildungsstandards der ökonomischen Allgemeinbildung. Kompetenzmodell – Aufgaben – Handlungsempfehlungen. Schwalbach/Ts.
- Steinmann, Bodo 1997. Das Konzept ‚Qualifizierung für Lebenssituationen‘ im Rahmen der ökonomischen Bildung heute. In: Kruber, Klaus-Peter, Hg. Konzeptionelle Ansätze ökonomischer Bildung. Bergisch Gladbach, S. 1-22.
- Weber, Birgit 2010: Wirtschaftswissen zwischen Bildungsdefiziten und Unsicherheiten. In: zeitschrift für didaktik der gesellschaftswissenschaften, Heft 1/2010, S. 91-114.;
- Weber, Birgit 2012: Was wäre eine angemessene ökonomische Grundbildung? In: Haushalt in Bildung & Forschung. Schwerpunktthema: Welche Ökonomie braucht der Haushalt? 1. Jahrgang 2012, Heft 1, S. 48-59
- Weber, Birgit 2013: Zwischen Subjekt, Lebenswelt, Wissenschaft und Verantwortung: Ökonomische Bildung im Spannungsfeld der Interessen. In: GW-Unterricht 132, 2013, 5-16 <http://www.gw-unterricht.at/onlineausgaben/category/24-gwu132?download=181:gwu132-weber>;
- Weber, Birgit 2014: Fächerintegration – Zur Einführung in das Schwerpunktthema. zeitschrift für didaktik der gesellschaftswissenschaften 3/2012, H.1 (Übersicht siehe <http://www.wochenschau-verlag.de/zdg/Hefte.htm>;
- Weber, Birgit 2014: Grundzüge einer Didaktik sozioökonomischer Allgemeinbildung. In: Fischer, Andreas/Zurstrassen, Bettina (Hrsg.): Sozioökonomische Bildung. Bonn. S. 128-154.;
- Weber, Birgit 2015: Ökonomische und politische Bildung zwischen Dominanz, Isolation und Integration. Diendorfer, Gertraud u.a. (Hg.): Bildungsfragen: Europa und ökonomisches Lernen. Schwalbach/Ts. , S. 46-74
- Weber, Birgit 2015: Politische versus ökonomische Bildung. Erscheint in Hellmuth, Thomas (Hrsg.): Politische Bildung im Fächerverbund, Schwalbach/Ts. (Verfasst 2013).